

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobecke & Co. 16 mal prämiert
Firma gegründet 1838

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Gesamtpreis-Gammasummer: 25 241.
Kurs für Nachdruck: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 10 395 Leipzig.

Bezugs-Gebühr: vierteljährlich in Dresden und Vereinen bei postmöglicher Zahlung von Sonn- und Montagen nur | Anzeigen-Preise: Die einseitige 37 mm breite Zeile 26 Pf., Fortsetzung u. Einzige in Spalten nach Sonn- u. Montag 10 Pf., sonst 12 Pf. monatlich 1 00 Pf. vierteljährlich 3 00 Pf. halbjährlich 5 50 Pf. jährlich 10 00 Pf. - Unverlangte Exemplare werden nicht aufbewahrt.

Revolutionäre Strömung im Verbandslager.

Das drohende Ende mit Schreden.

Wartet ein mit dem Streikwahnsinn!

Man möchte die Gabe besitzen, mit Engelszungen zu reden, um den bedürftigen Arbeitern klar zu machen, wohin sie mit ihrer schrankenlosen, jeder Vernunft hochsprühenden Hingabe an den Streikwahnsinn treiben. Was sind die unvermeidlichen, die unabsehbaren, verderblichen Folgen eines solchen Tuns? Eine endlose Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Schädlichkeiten, die in ihrer Gesamtwirkung unweigerlich in kürzester Frist zum völligen nationalen Zusammenbruch führen müssen. Wo die Kohle fehlt, kommt die Industrie zum Stillstand, der Eisenbahnverkehr wird lahmgelegt, die Arbeiter werden brotlos, die Lebensmittelherstellung und -verteilung hört auf, die Wohnungen können nicht geheizt und erleuchtet werden, auf dem Herd, wo die tägliche Nahrung bereitet wird, erlischt die Glut, und das grauliche Hungergeräusch im kalten Heim laugt jedem einzelnen Volksgenossen das letzte Mark aus den zermürdeten Knochen. Das ist ein furchtbares Bild und doch noch lange nicht eindringlich genug gezeichnet, um alle die Schreden, die uns im Falle der Fortdauer der inneren Unruhen und der Streiklosigkeit erwarten, richtig auszumalen. Wie der Hunger schon jetzt unter dem Druck der feindlichen Blockade in unserem Volk gewirkt hat, geht in wahrhaft padernder und erschütternder Weise aus den zahlreichen Gutachten der deutschen Ärzte hervor. Wird das so bereits geschaffene Elend noch weiter verschärft durch die allgemeine Verödung der nationalen Wirtschaft, dann rafft eine verhängende Hungerkatastrophe unser Volk erdarmungslos dahin. Dann tritt das Ende mit Schreden ein, und keine Phantasie kann sich vorstellen, wie es dann in Deutschland aussehen wird.

Man sollte meinen, die Erkenntnis solcher katastrophalen Wirkungen ihres verblendeten Tuns müßte auch den Arbeitern bei einiger Ueberlegung aufdämmern und sie von weiteren verhängnisvollen Schritten zurückhalten. Da aber die Tatsachen das Gegenteil beweisen, so muß man nach dem psychologischen Schlüssel zu der Haltung der Arbeiterklasse suchen, und dabei ergibt sich folgendes: Ein Teil der Arbeiter wird lebhaft von dem blinden Triebe geleitet, die „Kontinuität“ der Revolution im rein egoistischen Interesse bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit finanziell auszunutzen durch die Forderung unmäßig hoher Löhne, zu deren Erzielung unter Preisgabe jedes Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Allgemeinheit die freiwildigen und gefährlichsten Ausfälle angezettelt werden. Diese Elemente sind die „Revolutionärschwärmer“, das Gegenstück der früheren Kriegsgewinnler. Neben ihnen gibt es noch eine andere Gruppe, die den Streik als Waffe benutzt, um das politische Ziel des Sturzes der mehrheitssozialistischen Regierung und der Emporhebung des Spartakismus zur Macht im Staate zu erreichen. Hier handelt es sich um ungeschuldige Schwärmergeister, die glauben, daß der Sieg des Sozialismus in Deutschland gleichbedeutend sei mit der sofortigen Verwirklichung einer allgemainen Glückseligkeit für die arbeitende Klasse. Die unvermeidliche Enttäuschung, die dieser Richtung durch den tatsächlichen Lauf der Dinge zuteil wurde, benutzten die Spartakisten, um den Reuten einzureden, daß die Mehrheitssozialisten die Sache der Revolution „verraten“ und sie an die Bürgerlichen „verkauft“ hätten. Zugleich versprochen sie das Pläne vom Himmel herunter, um die Gemüter mit dem Traum zu erfüllen, daß die Herrschaft des Spartakismus alle Glücksträume der Arbeiterklasse verflöschen würde. Diktatur des Proletariats und sofortige Sozialisierung der gesamten Wirtschaft: das sind die beiden böserartigen, die Geister verwirrenden Schlagworte, mit denen die Spartakisten an der Vergiftung der Volksseele arbeiten. In allem Unglück wird ihre Manipulationsarbeit auch noch durch die Unabsehbarkeit gefördert, die, wie parteilos zwischen Kraft und Willen, zwischen Rechtssozialismus und Spartakismus hin und her schwanken und sich zu keiner entscheidenden Stellungnahme gegen den äußersten Radikalismus aufzuraffen vermögen, nie mehr diesem immer wieder in jedem entscheidenden Augenblick die Steigbügel halten, damit er sich in den Sattel schwingen kann.

Auch die mehrheitssozialistische Presse beklagt angesichts des Erfolges, den der Spartakismus mit seinen Agitationsmethoden erzielt, die mangelnde Einsicht der Arbeiter, die auf Grund ihrer langjährigen sozialdemokratischen Schulung und Erziehung doch eigentlich wissen müßten, daß die sozialistischen Versprechungen unsinnig seien, weil ihre Erfüllung den völligen Untergang des deutschen Gemeinwesens zur unausweichlichen Folge haben würde. Sie beruft sich hierbei auf die führenden Theoretiker des Sozialismus, die durchgängig von der Erkenntnis beherrscht seien, die Sozialisierung könne nur schrittweise und vorsichtig durchgeführt werden, und der sozialistische Staat lasse sich nicht mit einem Sauerbrunnen aus der Erde kochen, sondern müsse organisch in den bürgerlich-kapitalistischen Staat hineinwachsen.

Was soll nun werden? Die bürgerlichen Gegenkräfte, die jetzt eingeleitet haben, können höchstens gelegentlich soziale Wirkungen ausüben, aber nicht die sozialistische Bewegung mit der Wurzel ausrotten. Wo sollen wir auch hinkommen, wenn schließlich alles gegeneinander anknetzt und am Ende auch die Landwirtschaft nicht mehr mitmacht und die Lebensmittelherstellung einstellt? Mit militärischer Gewalt kann nur die äußere Ordnung aufrechterhalten, aber nicht der Arbeitstrieb erstickt werden, den wir vor allem härten müssen, damit wir wieder genügend Waren erzeugen können, um mit ihnen die dringend benötigten Nahrungs-

mittel der Existenz zu beschaffen. Das ist der Kernpunkt der Lage. Gaben wir erst einmal wieder halbwegs satt zu essen, dann werden sich auch die Geister von selbst beruhigen und Spontaneität wird bei laien Menschen mit keinen aufstrebenden Einflüsterungen sein Gehör mehr finden. Nur die Arbeiter aber sind jetzt imstande, dem gesamten deutschen Volk die notwendige Nahrung zu verschaffen dadurch, daß sie zur Arbeit zurückkehren und Werte schaffen, um die nationale Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Tun sie das nicht, verdrängen sie sich noch weiter allen Vernunftstrahlen, dann kommt der allgemeine Zusammenbruch und in seinem Gefolge Hunger, Elend, Verzweiflung, Seuchen, Verbrechen und alle blutigen Schreden einer spartakistischen Diktatur. In solchem Zustande aber ist das Volk eine leichte Beute für jeden Vandalen der Gegenrevolution, der eine kleine, aber entschlossene Truppe hinter sich hat und mit deren Hilfe Diktatur und Brot zu schaffen vermag. Mit der Demokratie wäre es dann natürlich aus. Das ist kein Wahnsinn von Gegenrevolutionären, die dahinter ihre geheime Diktatur verhehlen, sondern die mehrheitssozialistische Presse spricht es selbst aus, offen und ungeschminkt, in unverfälschter, hochgradiger Besorgnis.

Der Ausblick in die nächste Zukunft ist also düster und unsicher. Nur dann wäre ein Lichtpunkt gegeben, wenn die Unabhängigen sich mit aller Entschiedenheit von den Spartakisten, die in zahlenmäßig nur ein verhältnismäßig kleines Häuflein bilden, abwendeten. Sie mit den Mehrheitssozialisten über ein vernünftiges Regierungsprogramm verständigen und die Arbeiter zur Pflicht zurückzuführen. Gelingt das nicht, wird weiter unter den Arbeitern gehetzt und gewühlt, dann naht sich mit Notwendigkeit das Ende mit Schreden. Wer leben will, wird sehen!

Die Bearbeitung des Entwurfes für den Vorfrieden.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Bern, 28. Febr. Die Vertreter der Telegraphen-Gesellschaft aus Paris erklären, wieviel sich die Arbeiter der einzelnen Kommissionen für die Friedenskonferenz in bemerkenswert schneller Weise ab, da die öffentliche Meinung in allen Entente-Ländern dringend endgültige Beschlüsse zur Beilegung des unruhigen Zustandes fordert.

Amsterdam, 28. Febr. Nach einer Kabelmeldung aus Washington hat Präsident Wilson erklärt, daß der endgültige Friedensvertrag bereits im Juni dem amerikanischen Kongress zur Beratung vorgelegt werden muß.

Die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen.

(Drahtmeldung unserer Kölner Mitarbeiter.)
Genf, 28. Febr. Nach Wittermeldungen werden die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen der deutschen Regierung binnen kurzem bekanntgegeben werden. Sie enthalten die wesentlichen Punkte des Präliminarfriedens, der eine vollständige Entwaffnung Deutschlands vorsieht. Die Befestigung der deutschen Gebiete werde noch längere Zeit andauern, da die Entschädigung der von Deutschland geforderten Entschädigungen in Jahresrenten vorgeesehen sei.

Ablehnung der Räte-Republik in München.

München, 28. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die Entwicklung der Lage in München wird heute abend hierher gemeldet: Nachdem das Bürgerium eine Woche lang zur Unfähigkeit gelangt war, begannen sich nun in den Reihen der Demokraten Behauptungen geltend zu machen, die auf eine Verhinderung mit den Mehrheitssozialisten abzielen. Sollte eine solche Einigung eintreten, so ist zu erwarten, daß die Mehrheitssozialisten, unterstützt von den Demokraten, die Führung übernehmen werden. Bemerkenswert ist, daß heute eine Gruppe von Mehrheitssozialisten eine Entschleunigung angenommen hat, in der die Ausrufung der Räte-Republik und die Diktatur des Proletariats abgelehnt wird. Die bairische Zentrumspartei bietet ein Bild der Kopflosigkeit. Ihr Einfluß ist auf die Bauernverbände übergegangen, die jedoch eine unklare Haltung einnehmen.

Ein Zwischenfall im Räte-Kongress.

München, 28. Febr. In der Nachmittags-Sitzung des Räte-Kongresses, als Minister Unterlechner sein Referat über die Kommissionsbeschlüsse beendet hatte, ergriff plötzlich eine Abteilung der republikanischen Schutztruppe — 15 bis 20 Mann — in dem Sitzungssaal und nahm bei den Bänken der sozialistischen Anhänger Stellung. Mit vorgehaltenem Revolver kommandierten die eingedrungenen Soldaten: „Hände hoch oder ich schieße!“ Alle Delegierten im Saale hoben die Hände hoch. Der Führer des Kommandos rief mit erhobenem Revolver zur linken Seite des Saales: „Wir können uns nicht länger von Lumpen der Straße regieren lassen, wir brauchen eine richtige Regierung!“ Die Soldaten des Kommandos packten darauf Dr. Levin, der am Ministerische saß, und führten ihn ab, ebenso das kommunistische Arbeiterratsmitglied Mahjam und Landauer. Die Tribünen wurden geräumt, die Pressevertreter durften bleiben. Der Präsident Kieckel protestierte gegen das Eindringen der Soldaten. Er empfahl, sofort eine Untersuchungskommission einzusetzen. Stärkster Protest gegen die gewalttätig eindringenden Soldaten wurde von verschiedenen Seiten erhoben. Die Erregung wuchs bis zur Steifigkeit. Der Unabhängige Toller schaltete die Verletzung der Immunität von Mitgliedern des Räte-Kongresses. Nach einer Viertelstunde erschienen Dr. Levin und Mahjam wieder im Saale. Bei ihrem Erscheinen wurden sie säkürlich begrüßt. Es wurde sofort eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Revolutionäre Umtriebe im Entente-Heer.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Bern, 28. Febr. Die Führer der französischen Frontarmee haben Marschall Foch mitteilen lassen, daß sie keine unbedingte Gewähr für die Zuverlässigkeit ihrer Truppen übernehmen können. Foch hat auf Grund dieser Mitteilungen den französischen Ministerrat benachrichtigt, hat jedoch hinzugefügt, daß er hoffe, der Lage Herr zu bleiben, falls es gelänge, die Arbeiterklasse im Lande ruhig zu erhalten. Die Stimmung der französischen Arbeiter ist allerdings sehr revolutionär. Es haben sich im ganzen Lande Arbeiterausschüsse gebildet, die gemeinsam mit den Soldatenausschüssen verhandeln, um der Regierung ein Ultimatum zu stellen, in dem die schnelle Demobilisierung und der Friedensschluß innerhalb einer kurz bemessenen Frist gefordert werden. Man rechnet damit, daß in Paris Anfang März Ereignisse von großer Tragweite eintreten werden.

Bern, 28. Febr. Der Reiseverkehr zwischen England und Frankreich ist seit drei Tagen fast völlig eingestellt und unterliegt auch bei dem beschränkten Umfang der allerhöchsten Kontrolle. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß die englische Militärbehörde das Vorhandensein einer engen Arbeitsgemeinschaft zwischen englischen und französischen revolutionären Organisationen entdeckt hat. Bei einer Reihe englischer Frontsoldaten wurden revolutionäre Aufrufe vorgelesen. Die Soldaten sind handrechtlich erschossen worden. Daraus ist als Bestätigung des französischen und englischen Generalstabes eine gemeinsame Untersuchungskommission gebildet worden, die die Aufgabe hat, den revolutionären Umtrieben in den beiderseitigen Armeen entgegenzutreten.

Der Vorschwärm in der serbischen Armee.

Belgrad, 28. Febr. General Mikailo Rasko, der serbische Kriegsminister, erklärte, er könne die Verantwortung für die sofortige Abrüstung der serbischen Armee nicht übernehmen. Unter den Soldaten seien noch sieben Jahre Kriegsbolschewistische Ideen aufgespeichert, die bei einer Demobilisierung in das Volk getragen würden und eine Revolution heraufbeschwören könnten, gegen die eine Regierung ohne Heer kein Mittel zur Verfügung hätte.

Zur Bewegung unter den englischen Arbeitern.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Amsterdam, 28. Febr. Die Konferenz zur Bekämpfung der Differenzen zwischen den englischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist am Donnerstag morgen in London eröffnet worden. Die Beratungen werden durch eine Ansprache des Arbeitsministers Horne eingeleitet. Lloyd George wird auf dem Kongresse nicht das Wort ergreifen.

Die Zurücknahme der französischen Truppen aus Mannheim.

Berlin, 28. Febr. Auf eine mündliche Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa ist General Rubant mit, daß die Zurücknahme der französischen Truppen aus Mannheim auf das linke Rheinufer und die Verkehrssperre zwischen Mannheim und Ludwigshafen auf die in Mannheim ausgebrochenen Unruhen zurückzuführen seien. Als die zur Vertiefung der Ordnung herbeigerufenen drei deutschen Bataillone eintrafen, seien die französischen Truppen zurückgenommen worden, um ihr Zusammentreffen mit den Deutschen (!) zu vermeiden. Sobald die Unruhen in Mannheim beigelegt seien und die deutschen Truppen nicht mehr benötigt würden, bedürfte es nur einer Benachrichtigung des französischen Weisungs-Kommandeurs, um den Verkehr in dem Umfange wie zuvor wiederherzustellen.

Die Vermeldung eines Zusammentreffens mit den deutschen Truppen dürfe wohl der Furcht einer Infektion mit dem bacillus bolschewisticus entsprungen sein.

Joffe ruft zum Entscheidungskampf auf.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 28. Febr. Wilna scheint neuerdings der Treffpunkt von Bolschewistenführern zu sein. Wie uns von zuverlässiger Seite hierzu mitgeteilt wird, befinden sich Lenin, Trozky und Joffe in Wilna. Hier hielt Joffe an die ihm versammelten Truppen (Zivillisten) folgende Ansprache: Die ehemaligen deutschen Soldaten, die Arbeiter wie wir, sind Freunde Russlands, die neuen aber, die Freiwilligen, die mit Geld gekauft sind, sind unsere Feinde, die wir bekämpfen wollen. Die Hungersnot in Rußland müssen wir ertragen. Wir müssen indessen versuchen, durch Eroberungen weitere wesentliche Lebensmittel zu bekommen. Wenn auch unsere Freunde in Deutschland, die Spartakisten, die für uns gekämpft haben, jetzt ermordet sind (Viebknecht usw.), so soll man in Deutschland nicht daran denken, daß dadurch Spontaneität befeitigt ist. Spontaneität lebt und wird weiter leben. Für uns handelt es sich um Sein oder Nichtsein. Wir werden kämpfen, liegen oder sterben!

Italien vor einem neuen Waffenange.

Genève, 28. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Paris hier eingetroffene Meldungen besagen, daß über Nacht erwartet eine außerordentliche Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Südbalkan und Italien entstanden ist infolge gewisser Vorgänge in Vaidach, so daß man in Paris ernsthaft mit unheilbar bevorstehenden kriegerischen Zusammenstößen zwischen beiden Mächten rechnet. Man weiß sich in Paris keinen Rat, um das zu vermeiden. Die vorliegenden Telegramme zeigen eine außerordentliche Erregung.

Die Parteien über die Reichsverfassung.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 28. Februar.

Der Verfassungsentwurf, wie er heute der Nationalversammlung zur Beratung vorliegt, ist ein Kompromiß, und zwar ein solcher, dem man es von fern schon anseht. Der gewöhnliche Ausdruck, der dem Reiches ist, was das Reiches ist, und den Bundesstaaten ist, was ihnen gehört, ist nicht gefunden worden. In der Bismarckschen Reichsverfassung waren mit gutem Willen die verschiedenen Kompetenzen gegeneinander abgemessen, war die eigentümliche Macht des Reiches durch viele Pfeiler und Säulen gestützt worden, ohne daß damit den einzelnen Bundesstaaten ein Hindernis in dem Weg gesetzt worden war bei Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben. Heute liegen die Dinge so, daß zwar die Unabhängigkeit des Reiches in erheblichem Maße ausgedehnt, seine tatsächliche Macht aber nicht vermehrt worden ist, daß den Bundesstaaten viele ihrer früheren Rechte genommen wurden, zugleich aber verfassungsmäßige Bestimmungen für und für geöffnet worden sind. Das ist ungefähr genau das Gegenteil von dem, was erreicht werden sollte und schließlich auch erreicht werden muß. Wie das möglich war, versteht man, wenn man einen Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses Verfassungsentwurfes wirft. Der Reichsminister des Innern, Dr. Preuß, ist Demokrat und Unitarier; sein ursprünglicher Verfassungsentwurf zeigt deutlich genug davon. Er war zwar sehr geradlinig, sehr konsequent, ihm fehlte aber das Eigene, das Bodenständige, das wesentlich Deutsche, und leider muß gesagt werden, daß dies auch durch die Beratungen im Staatsausschuß nicht hineingebracht worden ist. Hier sind Zustände, die aber nicht, wie es in der Bismarckschen Verfassung in so eigenartiger Weise der Fall war, letzten Endes wieder dem Reich, dem ganzen geeinigten Volke zugute kommen. Es ist tief zu beklagen, daß durch die Schlagworte Unitarismus und Partikularismus in der Debatte ganz falsche Voraussetzungen geschaffen worden sind für die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Bundesstaaten. Viele sind durch die fortwährende Betonung dieses Gegensatzes außerhande geführt worden, den lebensvollen Zusammenhang zwischen beiden und die Notwendigkeit zu erkennen, daß er erhalten bleibt. Ohne eine starke Reichsgewalt können die Bundesstaaten nicht leben. Das Reich aber verfallend, kulturell und wirtschaftlich, wenn das Eigenleben der Gliedstaaten kühnlich unterbunden wird. Inwiefern bestand bisher eine gegenläufige und sehr wichtige Verbindung zwischen Partikularismus und Unitarismus.

Heute hat sich das geändert, heute gilt insbesondere bei der Sozialdemokratie und auch bei den Demokraten als guter Ton, den durch „Blut und Eisen“ aufeinandergefügten Reichsanwalt zu schmäheln. Auch der erste Redner zum Verfassungsentwurf, der Reichsminister des Innern (Berlin) hieß in diese Kerbe, ohne daß er irgendwelchen Weg wies, das Gleichgewicht zwischen Reich und Bundesstaaten unter den neuen Verhältnissen sicherzustellen. Kaum ergiebiger war die Rede des Seniorsführers Dr. Spahn. Was er sagte, war eine fein abgemessene diplomatische Leistung, nach der dem Zentrum noch alle Wege offenstehen. Jedem im Kreise seiner Parteifreunde und auch dem Bloßgeoffenen sagte er etwas Angenehmes, bloß — auf diese Weise kommen wir nicht weiter. Um so erfreulicher wirken die Ausführungen des früheren Staatssekretärs Dr. Delbrück. Seine Rede war ein Musterbeispiel aufbauender Kritik. Er ging aus von der Bismarckschen Reichsverfassung und nagelte in aller Stille die Fäden so, daß ihre heutigen Kritiker offenbar sehr wenig von der Verfassung verstehen, da sie sonst auch ihr nicht gerade das Entzweierte hätten, was der Stärkung der Reichsgewalt dient. Dr. Delbrück schenkt sich in diesem Zusammenhang nicht, auszusprechen, daß der jetzt vorliegende Entwurf im Grunde ein Entwurf sei zur Auflösung des Deutschen Reiches. Stürmischer Widerspruch erhob sich auf der Linken. Der Redner weist aber den Herren Punkt für Punkt nach, daß sie, die doch als Unitarier eine starke Reichsgewalt erstreben, zwar alle Säulen und Vertiefungen des Bismarckschen Reichsbauwerkes beseitigen, nichts aber an ihre Stelle gesetzt hätten.

In der Nachmittags-Sitzung glaubte der demokratische Abgeordnete Koch-Rassel darauf hinweisen zu müssen, daß von der Bismarckschen Reichsverfassung im Grunde nur ein Schatten übrig geblieben sei und deshalb die Ausführungen Dr. Delbrücks für die heutige Zeit keine Leistung mehr hätten. Von höheren Gesichtspunkten ließ sich Dr. Heine, der Redner der Deutschen Volkspartei, leiten und behauptete damit den Eindruck, den man schon aus der Vormittags-Sitzung bekommen hatte, daß nämlich die Opposition in viel höherem Maße als die Mehrheit über die Männer verfügt, die beim Verfassungswerke aufbauende Arbeit leisten können. Scharf kritisierte der Redner die weitgehenden Unklarheiten des Entwurfes, insbesondere den Mangel, daß keinerlei Bestimmung darüber getroffen sei, wo und in wessen Hand die Macht des Deutschen Reiches liegt. Er verlangte die Schaffung einer starken Zentralgewalt. In seinen weiteren Ausführungen legte Dr. Heine Einwand ein gegen die Pläne, die auf eine Verdrängung Preußens hinauslaufen, und betonte, daß damit dem deutschen Volke als Ganzes der schlechteste Dienst erwiesen werde. Der Redner sprach sich für die Bundesstaaten vergewaltigt werden, daß ein Teil der Bundesstaaten verdrängt werde. Wie am Vormittag Dr. Delbrück, so trat jetzt auch Dr. Heine dafür ein, daß die Verhältnisse zwischen Reich und Bundesstaaten auf dem Reich übertragbar werden müssen. Den Schluß der Sitzung bildete eine lange Rede des unabhängigen Abgeordneten Dr. Cobn, der sich einer erschütternden Richtigkeitsbelehrung bediente.

Der Verlauf der Sitzung.

Am Regierungstische Scheidemann, Schiffer, Kotte, Preuß, Wisell, Sandberg, Bauer, Koeth, David, Gothein, Gröberger, Bell, Südekum, Dirck, Hähnlich, Heine u. a.

Präsident Lehmann eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Min.

Zur Verhandlung steht zunächst die Interpellation der Deutschnationalen wegen der Verletzungen der Demarkationslinie durch die Polen.

Scheidemann erklärt auf die Anfrage des Präsidenten, daß die Reichsregierung zur Beantwortung bereit ist und sich über den Termin mit dem Präsidium verständigen wird.

Das Haus wendet sich nunmehr der ersten Beratung des Entwurfes einer

Verfassung des Deutschen Reiches

Präsident Lehmann teilt mit, daß der Senorenkonvent beschlossen hat, dem Hause zu empfehlen, daß von jeder Fraktion zwei Redner zum Worte gelangen und die Redezeit auf je eine Stunde beschränkt wird. Das Haus ist damit einverstanden.

Hr. Köhler (Soz.): Ein neues Deutschland wollen wir aufbauen auf dem breiten Fundament der Freiheit des Reiches und der Gerechtigkeit. Wir Sozialdemokraten haben dabei die besondere Aufgabe, dieses neue Reich mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Leider ist davon nur recht wenig in diesen Entwurf hineingekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schon die Wahl des Wortes „Reich“ war kein guter Griff; wir werden daher beantragen, statt „Verfassung des Reiches“ zu sagen „Verfassung der deut-

schon Republik“. Grundsätzlich vertreten wir den Standpunkt der Staatlichkeit und verlangen, daß auf allen Gebieten der Schritt vom Partikularismus zur Staatlichkeit mit voller Rücksichtlosigkeit getan wird. Es fehlt in der Verfassung eine Bestimmung, wie sie Frankreich hat, wonach die Mitglieder der Familie, die bisher regiert haben, für die Präsidentschaft der Republik nicht wählbar sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die sozialdemokratische Fraktion ist auch entsetzt gegen die Einführung von Präsidenten in den Gliedstaaten. Unter den Gebieten, die der Organisation des Reiches unterliegen, ist zwar auch die Regelung der Reichsverhältnisse der Arbeiter genannt; aber auch die Beamten verlangen, daß ihre Verhältnisse einheitlich von der Reichsregierung geregelt werden. Ferner fordern die Sozialdemokraten für Jugendliche die Öffnung des Reiches für den Handel und Wasserverkehr dem Reich ausnahmslos vorbehalten werden, in dieser Hinsicht ist die Reichsregierung für die Beamten, auf dem Gebiete des Schulwesens den Schritt zu tun, den die neue Zeit erfordert.

Hr. Spahn (Centr.): Aus territorialen, ethnographischen und kulturellen Gründen wird das Deutsche Reich auch als Republik ein Bundesstaat bleiben müssen. Der Entwurf steht auf diesem Boden und steht die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs in das Deutsche Reich vor. Auch der föderative Freistaat erfordert eine Neugestaltung an Haupt und Gliedern. Für die föderative Gestaltung ist die Frage nicht gleichgültig, ob die seitliche Bekämpfung der Gliederung des Reiches, so wie sie ist, beibehalten oder durch eine Überbürdung der Einzelstaaten einschließlich Preußens ersetzt werden soll. Mit dem Wegfall des Herrscherhauses hat das Interesse am Staat Preußen im Gebiet wesentlich der Erde in weiten Kreisen nachgelassen.

Die Frage der Verlegung Preußens

In zwei oder drei Teile erfordert deshalb Beachtung und Prüfung sowohl im Interesse der Reichseinheit, wie der Zugehörigkeit der Bewohner. In der Kommission wird ein Weg gesucht werden müssen, die Trennungfrage offen zu lassen. Es wäre ein tragisches Geschick des deutschen Volkes, wenn an der Verlegung der neuen Aufbau des Reiches scheitern sollte. Die Religion als solche ist im Entwurf nicht gelöst, obwohl sie für die menschliche Wohlfahrt, für Reich und Staat wesentlich ist. Die Verdrängung der Volksschulen, die Neugestaltung des Religionsunterrichts sind nicht gelöst. Der föderative Charakter des Reiches hat seine Verankerung im Reichsrat gefunden. Er ist jedoch in unitarischer Richtung bei der Reichsregierung durchgedrungen. Eine Scheidung zwischen Reich und Provinzen und Landessteuern, direkten und indirekten Steuern ist nicht vorgenommen, so daß das Reich auf direkte Steuern zurückgreifen kann, um die schwere Last abzuladen, die auf seinen Schultern ruht.

Hr. v. Delbrück (D.N.P.): Bei der Fassung mit der Bergangehörigkeit verliert, wird bald merken, daß er in die Welt gebaut hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade der Abgeordnete Gröber hat erklärt, daß die ruhige demokratische Volksarbeit durch die Revolution gefährdet worden sei. Auch wir sind der Meinung, daß

eine demokratische Monarchie,

wie sie im letzten Herbst bei uns entstanden war, völlig ausgerichtet hätte, um auch die weitestgehenden Ziele der äußeren Politik zu verwirklichen. Auch die Verdrängung des Kaisers hätte nicht im Wege gestanden. Der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt ist ein Gebot zur allmählichen Auflösung des Deutschen Reiches. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Ausführungen des Reichsrats sind im wesentlichen Teilnehmern angehört. (Weiter! bei den Soz.) Jedem seiner Worte war zu entnehmen, wie schwer es ihm wurde, sich zu dem Entwurf zu bekennen, wie er nun einmal geworden ist, und ich beneide ihn nicht um die Rolle der Vaterrolle an diesem Gelebe. (Weiter! bei den Soz.) Bei der Beurteilung eines jeden Verfassungsentwurfes muß der Kritiker ohne Rücksicht auf seine Parteistellung die Frage aufwerfen: Erfüllt der Entwurf seine Aufgabe? Bietet er eine hinreichende Grundlage für die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Reichsgewalt? Diese beiden Fragen aber muß ich mit aller Entschiedenheit verneinen. Der jetzige Verfassungsentwurf räumt zwar mit den preussischen Vorrechten auf, aber er bittet vielen Gliedstaaten die alten Reservatrechte. Es ist ein Fehler, daß der Vorkämpfer des Reichstags kein Stimmrecht haben soll und daß das Reich keinen unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung in den Gliedstaaten hat.

Weshalb dem Reichstag sollte eine Erste Kammer geben.

Eine solche, zur Hälfte aus Ernennung und zur anderen Hälfte aus berufsständischen Wahlen hervorgegangen, würde die partikularistischen Tendenzen schwächen; denn das Wirtschaftsleben im Volke wird immer unitarisch gerichtet sein. (Zustimmung.) Auf diese Fragen, die ich nur anregen wollte, wird in der Kommission näher zurückzukommen sein. Ob das Reichsministerium in Zukunft kollektiv tätig sein soll, geht aus dem Entwurf nicht mit unbedingter Klarheit hervor. Ohne aus der Schule zu vieldauern, kann ich aus meiner praktischen Erfahrung behaupten, daß sich der Mangel einer kollektiven Konstitution der Reichsregierung dauernd sehr fühlbar bemerkbar gemacht hat. (Hört! Hört!) In einem kollektiven Ministerium kann der Reichstagler die allgemeinen Richtlinien aufstellen und alle Differenzen können in 48 Stunden ausgeglichen werden. Auffälligerweise ist in dem definitiven Entwurf gegenüber dem ursprünglichen über das Verhältnis von Staat und Kirche nichts gesagt. Das muß wundernehmen, nachdem in einigen Einzelstaaten unerbittliche Eingriffe von Staats wegen in dieses Verhältnis vorgenommen wurden. Meine politischen Freunde und ich sind der Meinung, daß das ernstlich geprüft werden muß, ob nicht unter den völlig veränderten Verhältnissen gewisse allgemeine Grundzüge von Reich wegen festgelegt werden müssen, die von den Bundesstaaten und von dem Parlament respektiert werden müßten. Ich rechne dahin das Erfordernis der Aufrechterhaltung des Charakters der Kirche als einer öffentlich rechtlichen Korporation. Die Aufrechterhaltung des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen und die Aufrechterhaltung des Religionsunterrichts als eines integrierenden Bestandteils des schulpflichtigen Unterrichts müßte in der Reichsverfassung festgelegt werden. Weiter vermisste ich eine angemessene Regelung der Verhältnisse der Beamten, vor allen Dingen eine verfassungsmäßige Regelung ihrer Rechte. Im ganzen bleibt der Verfassungsentwurf nicht die hinreichende Gewähr für ein Zusammenhalten des Reiches, nachdem alle die Sicherungen und Vertiefungen weggelassen worden sind, die Bismarck für seinen Verfassungsentwurf für nötig gehalten hatte. Gegen 2 Uhr wird die Weiterberatung bis 4 Uhr ausgesetzt.

Um 4 Uhr 30 Min. werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Hr. Koch-Rassel (Demokrat): Unsere fränke Zeit ist mit einer neuen Verfassung nicht zu stellen. Nicht alle Wünsche, die Bismarck hatte, sind verloren; der erste und wichtigste Baustein ist die Einheit des Reiches. Unsere Reichseinheit ist im Verfall, durch Eintritt von Deutsch-Oesterreich zu einer nationalen Einheit sich zu entwickeln. (Beifall.) Der zweite Baustein, auf dem unser neues Reich gebaut werden soll, ist der Gesichtspunkt der Demokratie. Die Zeit der Regierung die Pflicht auf, den Willen des Volkes gegenüber einer widerstrebenden Minderheit zu vollziehen. Wir kennen keine bessere Ausdrucksform der Demokratie als den Parlamentarismus. (Zurufe

rechts: Protektionistischer!) Eine moderne Regierung kann ihren Willen nur dann freiwillig durchsetzen, wenn sie sich auf eine starke parlamentarische Mehrheit stützen kann. Die Herren von der Opposition haben heute in der schwersten Stunde des Vaterlandes eine handbare Rolle. Sie haben sehr schnell gelernt, sich an einer unverantwortlichen und verantwortungslosen Opposition umzusetzen. (Unruhe rechts. Redner stellt sich bei der Rednertribüne.) Eine solche Rede entspricht nicht dem Ernst der Gegenwart. Einen alten Baustein haben wir dem neuen Gebäude nicht einfügen können; die Demokratie. Sie hätte erhalten bleiben können, wenn sie sich rechtzeitig den Forderungen der Gegenwart angepasst hätte. Parteien, die in diesem Augenblick berufen sind, und vor dem Bürgerkrieg zu verhandeln, wie wir und das Zentrum, können mit diesem Gebäude nicht zögen. (Unruhe rechts. Redner stellt sich bei der Rednertribüne.) Sie treiben immer ein sehr gefährliches Spiel! Den Reichspräsidenten wollen wir nicht an einer repräsentativen Figur werden lassen. Die großen sozialen Grundgedanken unserer Zeit hätten durch den Verfassungsentwurf scharfer betont werden müssen. Wir hoffen, in der Kommission auch den Gedanken der Reichseinheit in der Verfassung klarer durchsetzen zu können. Mit den Schlagwörtern Unitarismus und Föderalismus stehen sich diese Fragen nicht lösen. Der Redner polemisiert dann weiter gegen das bundesstaatliche Prinzip und schließt mit den Worten: Der Deutsche will, darauf vertrauen wir, in allen seinen Teilen zusammenbleiben. Das gemeinsame Ziel wird die Deutschen enger zusammenführen, als die letzten 50 Jahre des Glückes. (Beifall.)

Hr. Heine (Deutsche Vp.): Gegenüber denen, die die ganze Schuld an unserem Zusammenbruch auf unsere frühere Verfassung und auf unsere früheren Zustände abwälzen möchten, behaupte ich, ohne den lesten Halt, den diese alte Verfassung uns gegeben hatte, wären wir nicht inhande gewesen, vier Jahre hindurch einer Welt von Feinden standhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, läßt die Klarheit und läßt den großen Zug der Bismarckschen Politik vollkommen vermissen. Unklarheit finden wir in der Frage des Verhältnisses von Reich und Einzelstaaten. Ferner bleibt vollkommen unklar, und das ist ein schwerer und vielleicht der Hauptfehler des Entwurfes, wo in Zukunft die deutsche Macht liegen soll, die wir unbedingt brauchen. Die Bundesstaaten müssen die Möglichkeit haben, sich selbständig und frei nach ihrem Charakter entwickeln zu können. Wir wünschen, daß nicht bloß die individuellen Religionsangelegenheiten, sondern auch die gesellschaftlichen Kirchenangelegenheiten in der Form von Richtlinien durch das Reich geregelt werden. Eine Verdrängung Preußens würden wir unter allen Umständen für bedenklich halten. Für ganz selbstverständlich halten wir es, daß der Reichspräsident geborener Deutscher sein muß. Eine zehnjährige Reichsangehörigkeit genügt nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir hatten fest an den Farben schwarz-weiß-rot. Unter der Flagge schwarz-rot-gold haben wir bisher nicht viel Glück gehabt. Etwas von dem Geiste, der uns groß gemacht hat, sollte uns auch bei der Erledigung dieses Verfassungswerkes leiten. (Beifall rechts.)

Hr. Dr. Cobn (Unabh. Soz.): Das Verfassungswerk darf nur ein Mittel sein, der Revolution zum vollen Siege zu verhelfen. An die Paulistiker können wir nicht anknüpfen. Der Entwurf bietet nur Halbheiten. Ich vermisste bestimmte Vorschläge über die sofortige Sozialreform. (Sehr richtig! bei den Unabh.) Wir wollen einen wirklichen Einheitsstaat. Alle Sonderrechte von Staaten und Stämmen müssen fallen.

Das Haus verlegt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr: Anträge und kleine Vorträge. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Eine Anfrage über die Papiermütze.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter. Weimar, 28. Febr. Die Papiermütze betrifft die Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei: Infolge des herrschenden Papiermangels kann die deutsche Presse ihren Aufgaben weder im Inlande, noch in Bezug auf die notwendige wirksame Vertretung der Reichsinteressen gegenüber dem Auslande gerecht werden. Was kann und will die Regierung tun, um diesem Notstande abzuhelfen?

Für die koloniale Verdrängung Deutschlands.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter. Weimar, 28. Febr. Eine Entschließung sämtlicher Vertreter der Nationalversammlung, mit Ausnahme der Unabhängigen, besagt: Die in Artikel 19 des Saubungsentwurfes des Bismarckbundes über die deutschen Kolonien getroffenen Bestimmungen sind mit den in Punkt 5 des Wilson-Programms aufgestellten kolonialen Forderungen nicht in Einklang zu bringen. Die Nationalversammlung legt gegen eine einseitige Kündigung dieser Bedingungen, die von Deutschland und den Alliierten als gemeinsame Grundlage für den Frieden getroffen sind, fernerlich Verdrängung ein und fordert die Wiederherstellung Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

Weimar vor dem Generalstreik.

Weimar, 28. Febr. In den Kreisen der Nationalversammlung verläutet mit Bestimmtheit, daß der Kundstreich des Generalstreiks in Weimar für den 1. März anberaumt ist. Von Telegraphenamt und Postamt haben unter verschärfter Bewachung die Bismarckianer heute abend eine starke Besatzung erhalten.

Berlin, 28. Febr. Die der „Vorwärts“ aus Weimar meldet, wird sich das Kabinett noch heute einigend mit der Streikfrage befassen und eine Abänderung dazu vorbereiten. Man gewinnt den Eindruck, als ob die Entscheidung des Streiks teilweise auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei. Man habe vielfach den Arbeitern vorgeredet, die Regierung wolle ihnen die Betriebsrechte nehmen. Die Regierung habe aber tatsächlich wiederholt erklärt, daß sie nicht daran denke. Die Kundgebung der Regierung wird, wie man annehmen darf, die Betriebsrechte lassen, daß sie an deren Aufrechterhaltung und Ausgestaltung interessiert sei und für ihre Eingliederung in das Wirtschaftsleben Sorge zu tragen beabsichtige.

Die neue deutsch-polnische Grenze.

(Eigenes Deutschericht der „Dresdn. Post-Zeitung“) Bern, 28. Febr. Die Arbeiten der mit der polnischen Frage betrauten Kommission des Friedenskonferenzen sind so weit gediehen, daß bereits am 8. März die Festlegung der neuen Grenze zwischen Deutschland und dem polnischen Staats bekanntgegeben werden soll.

Die Völscherherrschaft in Wosen.

(Drabmeldung unserer Berliner Korrespondent) Berlin, 28. Febr. Die Polen haben in Wosen den deutschen Banken verboten, Kriegeranleihekasse anzufaufen. Die polnischen Banken aber zahlen nur in halben Werten. Selbstverständlich gedanken sie die Stücke später zur Einlösung zum vollen Werte zu präsen-tieren und auf diese Weise möglichst ein sehr gutes Geschäft zu machen.

Freigabe der Eisenbahnstrecke Deutsch-Polnische.

Berlin, 28. Febr. (Eig. Drabmeldung.) Die Verhandlungen der internationalen Kommission zur Beratung der Polenfrage unter dem Vorsitz des früheren Gouverneurs Freiherrn v. Reden, an der u. a. General Dupont, der frühere Reichsminister von Wosen und andere teilnahmen, und die vorläufig in Berlin tagt, haben das Ergebnis gehabt, daß die Eisenbahnstrecke auf der Strecke Deutsch-Polnische und der Schiffahrtstrecke auf der Reke freigegeben worden sind. Ueber den endgültigen Verhandlungsort der Konferenz und ihre endgültige Zusammenfassung läßt sich noch nichts sagen.

Dr. 59 Sonnabend, 1. März 1919 Seite 3

Am der Leiter nahmen teil... Ministerpräsident... Reichsminister... Die Besetzung der Hochschule...

Sur Vereinigung der sächsischen Verwaltung in Dresden... Der Verein sächsischer Beamten... Die allgemeine Verlangen nach Vereinfachung...

Der Ständige Ausschuss des Landesparlamentes... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Demonstration Arbeiter... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Im Dresdner Lehrerverein sprach Herr... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Verordnungen der Kriegsbefehlshaber... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

weisen hat... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Der Gewerkschaftsbund... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Das Wetter der Woche... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die große öffentliche Kundgebung... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Wahlkreistheater... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die neue Filmwoche... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Der Walzerkönig... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule... Die Besetzung der Hochschule...

NIPALA Flecken-Wasser Bestprobtos... Chemische und Pharmazeutische Werke Mayer & Co. Frankfurt a. M.

